

Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern zur Sitzung
des Gemeinderates am 14.06.2007

Entwurf

Der Rat der Gemeinde Ostbevern möge folgende Resolution (*in beiden Punkten
gemeinsam oder getrennt*) beschließen:

- 1 Der Rat der Gemeinde Ostbevern fordert von allen im Landtag von
Nordrhein-Westfalen vertretenen Fraktionen, den von der Landesregierung
verabschiedeten Gesetzesentwurf zur wirtschaftlichen Betätigung von
Kommunen abzulehnen.
Gemeinsam mit dem nordrhein-westfälischen Städtetag, dem Städte- und
Gemeindebund, dem Verband kommunaler Unternehmen, den Gewerkschaften
und anderen Verbänden wehren wir uns gegen die durch den Gesetzesentwurf
mittel- bis langfristig zu nicht zu verhindernde Zerschlagung der kommunalen
Unternehmen. Wir wehren uns gegen den zu erwartenden "Tod der
Kommunalwirtschaft in allen Bereichen" (so Herbert Napp, Bürgermeister in
Neuss, CDU) und gegen die damit verbundenen nachhaltigen Folgen für die
kommunalen Haushalte.
- 2 Wir wenden uns (ebenso) gegen die Abkoppelung der Wahl der
Bürgermeister und Landräte von der allgemeinen Kommunalwahl durch die
Verlängerung der Amtszeit auf sechs Jahre und den Wegfall der Stichwahl.
Diese Neuregelung der Gemeindeordnung wird – das ist unsere große Sorge –
zu einer Schwächung der Demokratie führen, da es zu einem weiteren Rückgang
der Wahlbeteiligung kommen und die Legitimation der gewählten
Bürgermeister und Landräte fragwürdig wird.
Deshalb fordern wir die Fraktionen des Landtags auf, (auch) in diesem Punkt
die geplante Novellierung der Gemeindeordnung abzulehnen.

P. Fehrs

26.06.2007